Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland monatlich [illegible] 6 Goldmark; Ausland 9 Goldmark einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Fernschr. 17089-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: Für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 34 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Goldpfennige. Familienanzeigen von Privaten [illegible] Goldpfennige. Gelegenheitsanzeigen. Stellengesuche. Reklamezeilen usw. nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 288 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur F. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Naunhof. Eigentum, Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. — Donnerstag, den 6. Dezember 1923 — Berliner Schriftleitung: Hochstraße 21 (Fernsprecher 3690—3693). Dresdner Schriftleitung: Waisenhausstraße 24 (Fernsprecher 34701). Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 5588). — 117. Jahrg.

Im Reichstag

5. November.

G. Als das entscheidende Moment der Lage im Reichstag erkennt man im gegenwärtigen Augenblick die Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Fraktion, für das von der neuen Regierung geforderte Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Der moralische Anspruch eines kaum erst ins Leben getretenen Ministeriums auf Vollmachten, die ein starkes Maß von Vertrauen in die besondere Eignung der mit ihnen Auszustattenden voraussetzt, ist an sich ebenso zweifelhaft wie der offenbar von der Mehrheit des Reichstages geteilte Glaube, daß die Regierung überhaupt außerordentlicher Befugnisse bedürfe, um die den Umständen entsprechenden Maßnahmen veranlassen zu können. Doch wenn nun schon einmal das neue Kabinett das Selbstbewußtsein und der Reichstag die Bescheidenheit so weit treiben, das Heil nur in der nahezu vollständigen Ausschaltung des Parlamentes erblicken zu wollen, so muß man es begrüßen, daß der Entschluß der Sozialdemokraten es dem Ministerium und seinen Freunden erspart, die neue Aera mit einem Vorgang nach rechts einleiten zu müssen. Die Beweggründe für das Verhalten der Sozialdemokraten sind ziemlich klar. Herr Scheidemann hat zwar in der Rede, in der er dem Kabinett die Stimmen seiner Partei für die Durchbringung des Ermächtigungsgesetzes kredenzte, nebenbei davon gesprochen, daß eine baldige Volksbefragung wünschenswert wäre, doch kann solches Eingeständnis der Ueberlebtheit des gegenwärtigen Reichstags nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie für den Augenblick kein Interesse daran hat, die Wähler zur Urne zu rufen. Nachdem erst dieser Tage wieder der Verlauf des Parteitags der freilich noch durch besondere Begebenheiten erregten sächsischen Sozialdemokratie gezeigt hat, wie gering die Autorität der im Reichstag heute noch maßgebenden Führer geworden ist, wird man sich um so weniger darüber wundern, daß in den Kreisen um Scheidemann herzlich wenig Neigung besteht, die Einheit der Partei und damit zugleich auch ihre Werbekraft gerade jetzt der Feuerprobe von Neuwahlen auszusetzen. Haben wir uns, in Ermangelung stärkerer politischer Erquickungen, an einer Konstellation, die immerhin den Vorzug hat, dem Ministerium Marx bis auf weiteres die Möglichkeit eines nicht allzusehr nach rechts gerichteten Kurses zu gewähren.

Durch die Einführung einer aus dem Parlament hervorgehenden Beratungskörperschaft, die zum mindesten einen beträchtlichen moralischen Einfluß auf die Entschließungen des Ministeriums wird ausüben können, wird das Ermächtigungsgesetz, auf dessen Erneuerung das Kabinett Marx besteht, noch mehr als bisher seinem österreichischen Muster angeglichen. Dort freilich war seinerzeit die Idee der von dem Ministerium Seipel verlangten und ihm schließlich unter dem Vorbehalt der Bildung eines „erweiterten Kabinettsrats" gewährten Vollmachten nicht auf nationalem Boden gewachsen, sondern dem österreichischen Staat von den an der Genfer Sanierungsaktion beteiligten Fremdmächten aufgedrängt worden, und zwar zu dem Zwecke, jede Hemmung zwischen den Befehlen des ausländischen Sanierungsvogts und ihrer gehorsamen Ausführung durch die österreichische Regierung soviel wie möglich auszuschalten. Es war offenkundig, daß die Marx der österreichischen Bevölkerung — „Besitzende" sowohl wie „Arbeitende" — nicht dafür zu haben waren, aus eigenem Antrieb die Opfer zu bringen, die zur Sanierung auf dem Wege der Selbsthilfe nötig waren. Dies war die Tatsache, die in dem österreichischen Ermächtigungsgesetz als einem Hauptstück der ausländischen Hilfsoperation in die Erscheinung trat. Ganz im Gegenteil ist es gerade der konzentrierte Wille zur Selbsthilfe, der in dem deutschen Ermächtigungsgesetz wirksam werden soll. Ist es denkbar, daß so verschiedene, ja gegensätzliche Tatsachen in der gleichen Form ihren angemessenen Ausdruck finden? Die Logik will zwar Einwendungen machen, doch der heute, wenn nicht alles trügt, bereits durch einige günstige Zeichen gerechtfertigte Wiederaufbauoptimismus gebietet, es [illegible] zu [illegible].

Fortdauer des politischen Schwebezustandes

Deutschnationale Opposition gegen das Ermächtigungsgesetz — Die Möglichkeit der Auflösung

Berlin, 5. Dezember. (Eig. Tel.) Nach Beschluß des Aeltestenrates des Reichstages wird heute nur die 1. und 2. Lesung des Ermächtigungsgesetzes erledigt werden, so daß die Abstimmung erst morgen stattfinden kann. Für den Fall der Auflösung des Parlaments soll der sogenannte Ueberwachungsausschuß in Kraft treten. Welche Aufnahme das Ermächtigungsgesetz finden wird, ist auch nach der Abänderung des Gesetzes nicht geklärt. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten haben sich bereiterklärt, auch der Aenderung zuzustimmen. Die Deutschnationalen haben in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen, indessen ist noch nicht zu übersehen, ob die Deutschnationalen nicht vor der Abstimmung den Saal verlassen werden. Durch diesen Beschluß der Deutschnationalen ist jedenfalls die Auflösungsfrage wieder in den Vordergrund gerückt.

Die Aussprache im Parlament

Berlin, 5. Dezember. (Eig. Tel.) Präsident Löbe teilt zu Beginn der heutigen Reichstagssitzung mit, daß der Abg. Seemann (Soz.) sein Mandat niedergelegt habe. Auf der Tagesordnung steht dann die Besprechung der Erklärung der Reichsregierung, die verbunden wird mit der ersten und zweiten Beratung des Ermächtigungsgesetzes. Als erster Redner gibt

Abg. Scheidemann (Soz.)

folgende **Erklärung** ab:

Die sozialdemokratische Fraktion ist in Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen erfordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung geforderten befristeten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Vertretung des Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert wird, wie dem Reichsrat. Der Redner begründet dann die Stellungnahme seiner Fraktion und bedauert, daß die notwendigen Entscheidungen zur Lösung des Finanzproblems nicht rechtzeitig getroffen worden seien. In der Ausschaltung des Parlaments und der vorwiegenden Inanspruchnahme des Artikels 48 erblicke die Fraktion eine schwere Gefahr. Im Finanzproblem liege die Frage vom Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Für die Verordnungen trage die Regierung allein die Verantwortung. Die sozialdemokratische Fraktion behalte sich ihre sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor. Die größte Opferbereitschaft komme denen zu, deren Leistungsfähigkeit am größten sei. Die Regierung dürfe nicht zurückschrecken vor einem Zugriff auf die Vermögenssubstanz. Die Lebensinteressen der besitzlosen Volksmassen müßten dagegen geschont werden. Der Großbesitz habe sich bisher weitgehender Schonung erfreut. Das müsse anders werden. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß das deutsche Volk baldmöglichst gefragt werde, wie es die Reichspolitik geführt sehen wolle. Er verlangt Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und Sicherung des Rechtes der Rhein- und Ruhrbevölkerung, frei und unbeeinflußt an den Reichstagswahlen teilzunehmen.

Abg. Dr. Kaas (Z.) erklärt, daß die Begründung der letzten Regierungskrise in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht verstanden worden sei, am wenigsten im besetzten Gebiet, wo man kaum wisse, wie man sich unter der Wucht der gegnerischen Angriffe verteidigen solle. Kein Gedanke sei fruchtbarer, als der des Zusammenschlusses aller, die sich zu entsagungsvoller Arbeit und politischer Vernunft bekennten. Jedes Kabinett müsse grundsätzlich nach seinen Taten beurteilt werden. Die Währungs- und Finanzfragen seien heute der Kernpunkt. Kaum ein Prozent der Staatsausgaben sei noch durch Einnahmen gedeckt. Vor dieser Notlage müsse der Parlamentarismus zurücktreten. Der Redner sieht darin einen Akt der Selbstdisziplin und echt parlamentarischen Geistes. Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse einer neuen Prüfung unterzogen werden. Heute sei nicht der Augenblick, Beziehungen zwischen Reich und Ländern abzubrechen. Der Redner geht dann auf die Fragen der besetzten Gebiete ein und drückt dem Reichskanzler das Vertrauen aus, daß diese Frage auch in ihrer Gesamtheit das erforderliche Interesse finden werde. [illegible] müsse jeder Regierung scharfen Kampf ansagen, die den Grundsatz der unbedingten Schicksalsgemeinschaft der besetzten Gebiete mit dem Reiche preisgeben würde. (wes. fall.)

(Die Sitzung dauert fort.)

Preußen gegen einen Rheinstaat

Berlin, 5. Dezember. (Eig. Tel.) Der preußische Ministerpräsident Braun ist heute im preußischen Landtage mit einer ausführlichen Erklärung auf die der Oeffentlichkeit mehr oder weniger bekannten Bestrebungen eingegangen, dem Rheingebiet Preußen gegenüber staatliche Selbständigkeit zu geben. Der Ministerpräsident hat diese Bestrebungen mit großer Schärfe abgelehnt. Er gab in seiner Rede einen Ueberblick über die ganz außergewöhnlich schweren Lasten der rheinischen Bevölkerung, die nacheinander die Besetzung durch feindliche Truppen, die Putschaktion separatistischer Banden und schließlich eine beispiellose Arbeitslosigkeit habe tragen müssen.

Alle Hoffnungen — so fuhr der Ministerpräsident fort —, daß mit der Beendigung des passiven Widerstandes die Wiederherstellung des normalen Lebens beginnen würde, hätten getrogen. Heute müsse man geradezu von einem passiven Widerstand der Franzosen gegen die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit sprechen! Immer deutlicher trete in die Erscheinung, daß die Franzosen nicht die Sicherung ihrer Reparationsforderungen, sondern, und zwar mit grausamer Konsequenz, weitgehende politische Ziele verfolgten. Der Ministerpräsident wies dann die Anklage zurück, die von der Agitation mancher Parteien, vor allem aber auch aus den Kreisen der rheinischen Bevölkerung selbst, erhoben werde, daß das Rheinland von der Regierung und der außerrheinischen Bevölkerung im Stiche gelassen werde, weil die Unterstützungsleistung stark reduziert werden mußte. Braun wies demgegenüber auf die katastrophale Lage der Reichsfinanzen hin, die die Weiterzahlung der Unterstützungen in der bisherigen Höhe zur Unmöglichkeit mache. Es sei begreiflich, daß unter den gegebenen Umständen staatliche Selbständigkeitsbestrebungen auftauchten und Anhänger fänden. Mit diesen schon recht weit gediehenen Bestrebungen setzte sich dann Braun unter großer Aufmerksamkeit des Hauses auseinander. Er gab zu, daß die Reichsverfassung die Möglichkeit biete, auf Grund des Mehrheitswillens solche Bestrebungen auf verfassungsmäßigem Wege zu verwirklichen. Außerordentlich gefährlich wäre es aber, diese Bestrebungen unter dem Druck der Besatzungsmächte zu verfolgen, da deren Ziel ja gerade die Trennung des Rheinlandes vom Reiche sei. [illegible] die jetzt von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen geführt würden, sich nicht im Rahmen der Verfassung bewegten. Die Reichsregierung habe zwar dem bekannten Fünfzehner-Ausschuß die Ermächtigung gegeben, im Interesse der Bevölkerung mit den Besatzungsbehörden über wirtschaftliche und soziale Fragen zu verhandeln. Leider müsse jetzt aber konstatiert werden, daß diese Verhandlungen in erster Linie das politische Gebiet beträfen. Es werde bereits von einem selbständigen Staatsgebiet mit eigener Steuerhoheit, eigener Verwaltung und eigener Währung gesprochen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die preußische Regierung allen diesen Bestrebungen den entschiedensten Widerstand entgegensetzen und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werde. Die preußische Regierung werde ihre Hoheitsrechte über die Rheingebiete niemals preisgeben. Sie lehne eine staatsrechtliche Aenderung, wie immer sie auch gestaltet sein möge, ausdrücklich ab und sie werde es bei dieser Erklärung nicht bewenden lassen, sondern ihren Standpunkt mit der gebotenen Aktivität zur Geltung bringen.

Frankreich und das Ruhrgebiet

Paris, 5. Dezember. (Eig. Tel.) In hiesigen Kreisen verlautet, die Veröffentlichung des Communiqués über die Milderung der Ruhrbesetzung sei eine Folge der Unterhaltung, die Poincaré am Montag mit dem englischen Botschafter [illegible] sammten Presse als äußerst wichtige Kundgebung bezeichnet.

Senator Jouvenel, der vielfach als künftiger Minister des Aeußern betrachtet wird, kommentiert das Communiqué im Leitartikel des „Matin", die Mitteilung des Außenministers stelle gleichsam „ein siegreiches Bulletin und einen Friedensvorschlag dar". Frankreich gebe dadurch zu erkennen, daß es nunmehr zu Verhandlungen bereit sei. Der Augenblick sei günstig zur Lösung der Reparationsfrage, soweit sie durch die Mächte allein geregelt werden könne, und zur Wiederherstellung der Sicherheit auf dem Kontinent.

Die deutsche Schuld könne sicher eine Summe von 50 Milliarden Goldmark nicht überschreiten,

unter Vorbehalt späterer Nachforderungen, falls Amerika wider Erwarten auf Rückzahlung der interalliierten Schulden bestehen sollte. Die Sicherheitsfrage könne aber nur durch Schaffung von Bündnissen zur Rettung der gegenwärtigen Grenzen in Europa und „der Rheinlande" gelöst werden. In welcher Form das Rheinland sich auch organisiere, sei nebensächlich, die Hauptsache sei, daß seine Autonomie garantiert werde, und daß ein neuer Krieg unmöglich sei.

Die nationalistischen Organe äußern lebhaftes Bedauern über die Veröffentlichung des gestrigen Communiqués, das nach ihrer Ansicht nur bestimmt ist, die Wahlaussichten Baldwins zu verstärken. Der außenpolitische Mitarbeiter des „Journals" erklärt, diese Kundgebung am Quai d'Orsay sei nur eines von den vielen Zugeständnissen, die Poincaré gemacht habe, um Baldwin gefällig zu sein. Frankreich habe England zu Liebe auf den Verkauf der Ruhrproduktion und auf die Erhöhung der Arbeitsstunden im Ruhrgebiet verzichtet, und habe auf Sanktionen in der Kontrollfrage nicht bestanden, und den Separatismus im Rheinland fallen gelassen, um sich mit einer fragwürdigen Autonomie im Rahmen des Reiches zu begnügen. Seit Wochen sei die französische Politik nur von dem Gedanken beherrscht, die „Aufrechterhaltung der Entente cordiale" in die Wagschale der englischen Wahlen zu werfen.

Die extrem nationalistische „Libre Parole" erklärt, es sei bezeichnend, daß das Communiqué am Vorabend der englischen Wahlen erscheine, obgleich der passive Widerstand erst am 10. Dezember als eingestellt gelte.

Das „Echo National" bezeichnet die „Umgruppierung" der Besatzungstruppen als

Beginn der Räumung des Ruhrgebietes

und greift Poincaré wegen dieses Beschlusses heftig an. Die „Journée Industrielle" führt im Leitartikel aus, die Veröffentlichung des Communiqués stelle einen Wendepunkt für die äußere wie die innere Politik dar. Die Aufmerksamkeit der Parlamentswelt werde sich nunmehr endgültig vom Ruhrgebiet abwenden, um sich für die interalliierten Verhandlungen zu interessieren. Ein ernster Kampf gegen die Außenpolitik Poincarés stehe bevor.

Frankfurt a. M., 5. Dezember. (Eig. Tel.). Der ausgewiesene Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in Wiesbaden, v. Stein, und der sozialdemokratische Stadtrat Holl haben von der Besatzungsbehörde die Erlaubnis erhalten, nach Wiesbaden zurückzukehren. Die gleiche Erlaubnis ist dem Gütervorsteher des Wiesbadener Hauptbahnhofes erteilt worden. Das sind die ersten Anfänge eines Abbaues der französischen Ausweisungspraxis am Mittelrhein.

Markparitäten

am 5. Dezember.

Auf Mark umgerechnet kostete 1 Dollar in Amsterdam 5.8, in Zürich 4.1, in Prag 4.5, in London 4.8 und in New York (Vorbörse) 4.3 Billionen Mark.

Dollar in Berlin am 5. Dez.

amtlicher Mittelkurs: 4200 Milliarden

1 Goldmark: 997,5 Milliarden Geld
1002,5 Milliarden Brief

Goldanleihe 4200 Milliarden

Dollarschatzanweisung — Milliard.

1 Steuermark = 1000 Milliarden

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse	Parität in Milliarden		Vorbörse	Parität in Milliarden
	5	4		5	4
Berlin	[illegible]	4348	Amsterd.	38.37	1666
London	436.56	18978	Prag	292.75	127
Paris	54.50	235	Kopenhg.	—	—
Mailand	43.00	186	[illegible]	—	—
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]